Verordnung über die Ausrichtung von Kinder- und Unterhaltszulagen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons Basel-Stadt

Vom 27. Juni 1995

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt beschliesst:

I. Grundsatz

§ 1. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons Basel-Stadt haben einen Anspruch auf Kinderzulagen für ihre in der Schweiz oder im Ausland lebenden Kinder.

² Als Kinder im Sinne dieser Verordnung gelten auch in der Schweiz lebende Pflegekinder und Stiefkinder, wenn der bzw. die Anspruchsberechtigte zum überwiegenden Teil für ihren Lebensunterhalt aufkommt.

§ 2. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die eine Kinderzulage beanspruchen können, haben auch Anspruch auf eine Unterhaltszulage.

² Werden für den gleichen Sachverhalt bereits Kinder-, Haushalts- oder andere Familienzulagen ausgerichtet, so werden diese angerechnet.¹⁾

³ Eine Unterhaltszulage erhalten, unabhängig von der Anzahl unterstützter Personen, auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die für den Unterhalt von im gleichen Haushalt lebenden Verwandten, für welche sie gemäss Art. 328 ZGB unterstützungspflichtig sind, aufkommen.

II. Anspruchsberechtigung und Anspruchskonkurrenz

§ 3. Anspruchsberechtigt sind alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons Basel-Stadt.

§ 4. Der Anspruch auf Kinder- bzw. Unterhaltszulagen entsteht und erlischt mit dem Lohnanspruch des Mitarbeiters bzw. der Mitarbeiterin. Bei Ein- und Austritt während des Monats wird die Zulage entsprechend gekürzt.

² Bei Änderungen in den Verhältnissen des Kindes (Geburt, Erreichen des massgeblichen Alters usw.) oder im Haushalt des bzw. der Anspruchsberechtigten lebender zu unterstützender Verwandter wird die Zulage jeweils für den vollen Monat ausgerichtet.

§ 5. Die Anspruchsberechtigung ist vom Mitarbeiter bzw. der Mitarbeiterin nachzuweisen.

² Ist das Kind über 16 Jahre alt, erfolgt dieser Nachweis jährlich. Änderungen im Ausbildungsverhältnis des Kindes sind der zuständigen Personalabteilung rechtzeitig zu melden.

¹⁾ § 2 Abs. 2 in der Fassung des RRB vom 20. 3. 2001 (wirksam seit 1. 3. 2001, publiziert am 24. 3. 2001).

§ 6. Die Zulage wird in der Regel dem bzw. der Anspruchsberechtigten ausbezahlt.

§ 7. Sind mehrere Personen nach dieser Verordnung oder aufgrund einer anderweitigen Vorschrift für das gleiche Kind oder die gleiche verwandte Person anspruchsberechtigt, entsteht nur ein Anspruch auf höchstens eine volle Zulage.

² Die Anspruchsberechtigten einigen sich untereinander, wem die Zulage ausgerichtet werden soll.

³ Können sich die Anspruchsberechtigten betreffend der Kinderzulage nicht einigen, steht der Anspruch in erster Linie der Person zu, die das Kind in ihrer Obhut hat, in zweiter Linie dem Inhaber bzw. der Inhaberin der elterlichen Sorge^{1a)}.

III. Höhe der Zulagen und Verjährung

§ 8. Für jedes Kind bis zur Vollendung des 18. Altersjahrs wird eine einfache Kinderzulage ausgerichtet.

² Für Kinder über 16 Jahre, die sich in Ausbildung befinden, wird eine erhöhte Kinderzulage ausgerichtet, längstens jedoch bis zur Vollendung des 25. Altersjahrs.

³ Für ganz oder teilweise invalide (Invaliditätsgrad von mindestens 50%), nicht voll erwerbstätige Kinder über 16 Jahre wird ohne Altersbegrenzung eine erhöhte Kinderzulage ausgerichtet, wenn der bzw. die Anspruchsberechtigte zum überwiegenden Teil für deren Lebensunterhalt aufkommt.

§ 9. Der Anspruch auf Kinderzulagen gemäss § 8 Abs. 2 und 3 fällt dahin, wenn und solange der Arbeitsverdienst des Kindes oder der Einkommensersatz einen im Anhang aufgeführten Betrag übersteigt.

§ 10. Die Ansätze der Unterhaltszulage sind entsprechend der Anzahl Kinder abgestuft.

² Für im gleichen Haushalt lebende, zu unterstützende verwandte Personen wird der Ansatz der Unterhaltszulage für zwei Kinder gewährt.

§ 11. Die einzelnen Ansätze der Kinder- und Unterhaltszulagen sind im Anhang aufgeführt. Die Kinderzulagen werden unter Berücksichtigung der Teuerungsentwicklung sowie aufgrund relevanter Quervergleiche periodisch, die Unterhaltszulagen jährlich der Teuerung angepasst.

^{1a)} § 7 Abs. 3: Begriff «elterliche Gewalt» ersetzt durch «elterliche Sorge» anlässlich der Änderung des ZGB vom 26. 6. 1998 (neues Scheidungsrecht).

§ 12. Die ganze Kinder- bzw. Unterhaltszulage wird ausgerichtet bei einer Arbeitszeit des bzw. der Anspruchsberechtigten von mindestens 80 Stunden pro Monat. Ist die durchschnittliche Arbeitszeit kürzer, wird die Kinder- und Unterhaltszulage – wenn nicht besondere Verhältnisse vorliegen – im Verhältnis der tatsächlichen Arbeitszeit zu der von 80 Stunden gekürzt.

² Alleinerziehende Teilzeitbeschäftigte sind zum Bezug einer vollen Kinder- bzw. Unterhaltszulage bei einer Arbeitszeit von mindestens 40 Stunden pro Monat berechtigt.

§ 13. Wer Kinder- oder Unterhaltszulagen bezogen hat, auf die ihm gemäss den Bestimmungen dieser Verordnung ein Anspruch nicht oder nur in geringerem Masse zustand, hat den zu Unrecht bezogenen Betrag zurückzuerstatten.

§ 14. Der Anspruch auf Nachforderungen von nicht oder nicht vollständig bezogenen Kinder- und Unterhaltszulagen verjährt nach fünf Jahren seit Fälligkeit der einzelnen Zulage. Der Anspruch auf Rückerstattung von zu Unrecht bezogenen Kinder- und Unterhaltszulagen verjährt nach einem Jahr seit Kenntnis, spätestens aber nach fünf Jahren seit dem unrechtmässigen Bezug der einzelnen Zulage.

IV. Schlussbestimmungen

§ 15. Diese Verordnung ist zu publizieren; sie wird am 1. Juli 1995 wirksam.

§ 16. Auf den Zeitpunkt der Wirksamkeit dieser Verordnung wird die Verordnung betreffend die Ausrichtung von Kinderzulagen an die Mitarbeiter des Kantons Basel-Stadt vom 8. März 1971 aufgehoben.

Anhang²⁾

<i>Kinderzulage</i>	pro Monat	pro Jahr
Einfache Kinderzulage (gemäss § 8 Abs. 1 VO)	Fr. 170.—	Fr. 2040.—
Erhöhte Kinderzulage (gemäss § 8 Abs. 2 VO)	Fr. 190.—	Fr. 2280.—
 <i>Unterhaltszulage</i> (gemäss § 10 VO)		
Unterhaltszulage bei einer Kinderzulage	Fr. 389.25	Fr. 4671.—
Unterhaltszulage bei zwei Kinderzulagen	Fr. 475.75	Fr. 5709.—
Unterhaltszulage bei drei Kinderzulagen	Fr. 509.50	Fr. 6114.—
Unterhaltszulage bei vier und mehr Kinderzulagen	Fr. 536.—	Fr. 6432.—
 <i>Einkommenlimite</i> (gemäss § 9 VO)		
Wegfall des Anspruchs auf Kinderzulage bei einem Arbeitsverdienst (bzw. Einkommensersatz) von über		Fr. 20 400.—

²⁾ Anhang in der Fassung des RRB vom 13. 11. 2001 (wirksam seit 1. 1. 2002) und geändert (betr. Unterhaltszulage) durch RRB vom 4. 1. 2005 (wirksam seit 1. 1. 2005, publiziert am 8. 1. 2005) sowie (betr. Kinderzulage) durch RRB vom 13. 5. 2003 (wirksam seit 1. 7. 2003).